

# kommuniqué

Semesterzeitung der Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS)

Streik-Extra ★ Nr. 3 ★ 09.12.2003

## Reform = Abbau oder Umbau?

Die von der CDU/CSU regierten Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt haben schon vor längerer Zeit Klage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen das Hochschulrahmengesetz – welches Studiengebühren verbietet – eingelegt, um Gebühren schon ab dem ersten Fachsemester eintreiben zu können.

Anfang nächsten Jahres ist es dann soweit. Mit ein bisschen „Glück“, kommen die Herrschenden dann entsprechend ihrer klassengemäßen Position in dieser Gesellschaft auch zu ihrem „Recht“, genau die, die uns ständig suggerieren: „Wir müssen sparen!“ und jeder muss etwas beitragen. Aber wo wird denn gespart und wo nicht? Ein Eurofighter z.B. kostet 117 Millionen Euro. (Einer!) Und die Bundeswehr hat gleich mal 180 Stück bestellt. Dafür ist Geld da! Würde sie nur auf eine dieser Mordmaschinen verzichten, so könnte man mit dem gesparten Geld z.B. 14 Studentenwohnheime bauen.

Die Proteste der Studierenden, gegen Studiengebühren, gegen Bildungsklausur und Sozialabbau haben ihre Berechtigung, gehen aber bisher in die Richtung: Gespart werden muss, deshalb muss gekürzt werden. Aber nicht an den Unis, denn die sind schon immer unterfinanziert, sie müssen reformiert werden. So sei z.B. ein gewichtiger Punkt der Kampf gegen Studiengebühren, die nicht der Hochschule sondern dem Staatshaushalt zufließen. Im Umkehrschluss bedeutet diese Argumentation



doch, dass Studiengebühren die der Hochschule zur Verfügung gestellt würden durchaus diskutierbar seien. Die sogenannte Reform der Universitäten und Fachhochschulen hat bisher jedoch nur den Zweck, die Studierenden den Bedürfnissen der Wirtschaft gerecht auszubilden, damit das Ergebnis ihrer Arbeit profitabler wird und die Ergebnisse schnell zählbar und abrufbar sind. Dafür ist z.B. der Bachelor-Abschluß da. Ähnliche Entwicklungen sind in der Lehrerausbildung zu beobachten. Wissenschaft hat aber immer mit Kritik zu tun. Durch das Zurechtstutzen auf die Verwertungsinteressen der Wirtschaft, ist für Kritik aber kein Platz mehr – somit wird an der Uni auch keine Wissenschaft mehr gemacht. Wissenschaft und Bildung sind keine Ressourcen, sie entstehen mit und aus der Gesellschaft und sind deshalb nicht knapp, sondern für alle da.

Das Grundrecht auf Bildung darf nicht ausgehebelt und als elitäres Gut gehandelt werden. Sparen wir also nicht an der Bildung, sondern an den Eurofightern!

### Ticker:

#### Marburg, Gießen, Wetzlar:

Mit einer symbolischen Besetzung der CDU-Geschäftsstellen protestierten vor knapp zwei Wochen Sozialverbände, Gewerkschaften, Studierende und Schüler gegen die verfehlte Politik der hessischen Landesregierung.

Anlaß der Besetzung war unter anderem auch das Studienguthabengesetz (StGuG), welches nichts anderes als die Einführung von Studiengebühren zum Ziel hat.

#### Bremen:

Aus Solidarität mit den Studierenden in Berlin und anderen großen Städten hat sich am 3.12. auch die Universität von Bremen dem Streik angeschlossen.

#### Berlin:

Am vergangenen Dienstag abend waren vierzig Studierende in den Festsaal des Roten Rathaus eingedrungen und hielten ihn bis kurz vor Mitternacht besetzt.

Mit einer Fahrraddemonstration vom Brandenburger Tor zum Hauptgebäude der Humboldt-Universität legten die protestierenden Radler zeitweilig den gesamten Verkehr auf der Straße Unter den Linden lahm. Am Freitag mobilisierte ein breites Bündnis von Studierenden, verschiedenen Sozialbewegungen, Obdachlosen, Erwerbslosen bis hin zu Behinderten-Initiativen für eine Betteldemo im Grunewald.

Fortsetzung S. 2

## Presseschau:

# forsa-Umfrage zu Studiengebühren

Eine Mehrheit von 69 Prozent der Studierenden in Deutschland lehnt die Einführung von Studiengebühren ab. Dagegen wären rund 30 Prozent zur Zahlung von 500 Euro im Semester bereit, wenn sie die aufgelaufene Summe nach Eintritt ins Berufsleben schrittweise zu-

rückzahlen könnten, ergab eine Umfrage der Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen forsa, für den „Spiegel“. 60 Prozent der StudentInnen sagten, Gebühren würden ihr Studium nicht beschleunigen. 34 Prozent würden das Studium schneller abschließen.

# Koch droht Uni-Präsident

Hessens Regierungschef Roland Koch (CDU) hat dem Kassler Uni-Präsidenten Rolf-Dieter Postlep indirekt mit Mittelkürzungen gedroht. Postlep, der auch Vorsitzender der Konferenz Hessischer Universitätspräsidenten ist, unterstützt die massiven Proteste der hessischen Studenten gegen die von der Landesregierung geplante Einführung von Studiengebühren.

Hessens Ministerpräsident Roland Koch zeigte sich im Landtag empört darüber, dass Postlep den Studierenden in Kassel empfohlen hatte, die Proteste aus der Universität in den „politischen Raum“ zu tragen. Gleichzeitig hatte der Uni-Präsident zugesichert, dass die Teilnahme an Streikaktionen und Protesten nicht zu einer Benachteiligung führen werde.

### „Autoritäres Gehabe“

Wenn dies möglich sei, müsse noch „viel Luft in einem Semester“ an der Uni Kassel sein, warnte Koch. Er werde deshalb Wissenschaftsminister Udo Corts (CDU)

„fragen, ob wir bei der Mittelzuweisung alles richtig bedacht haben“.

Corts erklärte anschließend, die Studentenproteste hätten „einen Punkt erreicht, an dem die Interessen der Allgemeinheit nicht mehr gewahrt werden und ein ordnungsgemäßes Studium nicht mehr gewährleistet scheint.“ Die Uni-Präsidenten forderte er auf, sich „auf ihre Verantwortung für die Lehre zu besinnen“.

Der SPD-Abgeordnete Michael Siebel bezeichnete diese Drohungen von Corts als „autoritäres Gehabe“ und „unverschämte Erpressung“. Der Regierungschef übersehe, dass ein Uni-Präsident nicht sein Befehlsempfänger, sondern Vertreter einer unabhängigen öffentlichen Körperschaft sei, sagte der Kasseler Grünen-Abgeordnete Andreas Jürgens. Koch habe keine Argumente mehr für seine „Kürzungs- und Streichorgie“ und versuche deshalb, sie mit Drohungen und Erpressungen durchzusetzen.

(aus: Frankfurter Rundschau vom 27.11.2003)

# Termine:

### 10.12.2003, 19 Uhr, Berlin

Das Bündnis gegen Sozial- und Bildungskahlschlag lädt ein: „Alle gemeinsam gegen Sozial- und Bildungskahlschlag!“

Ort: Audimax der Humboldt-Universität, Unter den Linden 6

### 11.12.2003, 19 Uhr, Rostock

Beratung des AStA der Uni Rostock zur Teilnahme an bundesweiten Studi-Protesten bzw. der Großdemo gegen Bildungs- und Sozialabbau in Berlin

Ort: AStA-Büro, August-Bebel-Str. 28

### 13.12.2003, Berlin

Großdemonstration gegen Bildungs- und Sozialabbau

Ort: 13 Uhr Brandenburger Tor und 14 Uhr Potsdamer Platz

weitere Infos auf <http://www.demo1312.de/>

### 10.01.2004, 9 Uhr, Berlin

Rosa-Luxemburg-Konferenz der Tageszeitung „junge Welt“

Ort: Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (FHTW), Treskowallee 8, Audimax

weitere Infos im Internet unter <http://www.jungewelt.de/rlk2004/>

## Ticker, Part 2:

### Halle/Saale:

Eine Vollversammlung der Uni Halle beschloß für die Woche vom 8.12.-12.12.03 in den Streik zu treten, denn es stünden „dramatische Neuordnungen und Umgestaltungen der Wissenschaftslandschaft von Sachsen-Anhalt bevor“, so der Studierendenrat der Uni Halle.

### Göttingen:

Die Uni Göttingen geht laut Beschluß der Vollversammlung am vorigen Donnerstag in die zweite Streikwoche.

Der Unipräsident Kern, läßt den studentischen Protest von der Polizei gewaltsam bekämpfen. Am Montag, den 8.12. drohte bereits um 9:00 Uhr der AStA-Vorsitzende Daniel Flore mit der polizeilichen Räumung. Sieben Stunden später räumte die Polizei auf Befehl des Unipräsidenten das Oeconomicum.

Lokale Hochschulgruppen sind gut und wichtig. Aber überregionale Zusammenarbeit ist notwendig.



Die Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) wurde während des bundesweiten Studierendenstreiks im November 1997 gegründet. Seither arbeiten wir überregional und lokal an zahlreichen Hochschulen mit eigenen Gruppen und in Bündnissen und bemühen uns, einen Beitrag zur Organisation und Stärkung des Widerstandes gegen die herrschende Politik zu leisten. Dabei gehen wir davon aus, daß eine grundsätzliche Lösung unserer Probleme auch eine grundlegende Umwälzung des herrschenden Systems erfordert.

### Hier erreichst du uns:

AMS-Bundesbüro

Lindenallee 72

20259 Hamburg

### eMail:

[bundesbuero@marxisten.de](mailto:bundesbuero@marxisten.de)

Homepage: [www.marxisten.de](http://www.marxisten.de)

V.i.S.d.P.: M. Thürey, Anshr. s.o.